

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 1.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeheilte Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 290.

Dienstag, den 11. Dezember 1917.

24. Jahrg.

Die Aussichten der Wahlreform.

Von Paul Sirsch.

Noch ist die erste Lesung der Verfassungsvorlagen im preussischen Abgeordnetenhaus nicht beendet. Aber nachdem Redner aller Parteien zu Worte gekommen sind und die Regierung wiederholt ihren Standpunkt dargelegt hat, wird man grundlegend Neues im Verlaufe der weiteren Debatte kaum noch erwarten können. Es läßt sich also, soweit das in diesem Stadium der Verhandlungen überhaupt möglich ist, bereits heute ein Urteil über die Aussichten der Reform fällen.

Das bisherige Ergebnis läßt sich dahin zusammenfassen, daß dem Dreiklassenwahlrecht heute keine Partei mehr folgt, es ist von allen Seiten preisgegeben. Der Erfolg der öffentlichen durch die geheime Stimmabgabe und der mittelbaren durch die unmittelbare Wahl dürfte auf Schwierigkeiten nicht stoßen, für das gleiche Wahlrecht dagegen ist vorläufig eine Mehrheit noch nicht vorhanden. Ja, man könnte, wenn man nicht wüßte, welche Unpopularitäten im Parlament eine Rolle spielen, bei oberflächlicher Betrachtung sagen, die Einführung eines gleichen Wahlrechts ist aussichtslos.

Geschlossen für das gleiche Wahlrecht werden nach den Erklärungen ihrer Fraktionsredner nur stimmen die 40 Fortschrittler, die 12 Polen, die 5 Sozialdemokraten und die 5 Unabhängigen, welche letzten, da sie die ganze Reform nur als Fiktion betrachten, sich im Falle der Ablehnung ihrer weitgehenden Wünsche möglicherweise bei der Gesamtabstimmung zu den Gegnern gesellen könnten. Weiter ist für das gleiche Wahlrecht zu haben ein Teil des Zentrums, von den Nationalliberalen nach der Erklärung Lohmans einige, nach der Erklärung Schifferers ein Teil und vereinzelte Freikonservative. Im günstigsten Falle wären das insgesamt 150 von den 443 Mitgliedern des Hauses, also nur ein Drittel.

Noch ungünstiger für die Wahlrechtsfreunde gestaltet sich die Lage angesichts der Zusammenlegung der Kommission. Der Zufall hat es gewollt, daß von den unbedingt auf dem Boden des gleichen Wahlrechts stehenden Parteien nur die Fortschrittler mit zwei und die Sozialdemokraten mit einem Mitglieder vertreten sind, während die Polen und die Unabhängigen ganz ausfallen. Diesen drei Mitgliedern stehen gegenüber 10 Konservative, 3 Freikonservative, 5 Nationalliberale und 7 Vertreter des Zentrums. Es brauchen also von den 15 Vertretern der Mittelparteien, zu denen wir Freikonservative, Nationalliberale und Zentrum rechnen, nur 5 gegen das gleiche Wahlrecht zu stimmen und dem Reformwerk wäre das Rückgrat gebrochen.

Diese entscheidende Abstimmung muß gleich bei dem § 1 der Vorlage, also in einer der ersten Kommissionsitzungen, erfolgen. Fällt sie in völlig ablehnendem Sinne aus, dann sind die weiteren Beratungen zwecklos, die Regierung kann sich, nachdem sie sich vom Dreiklassenwahlrecht losgesagt und jedes wie immer geartete Pluralwahlrecht für ebensov unannehmbar erklärt hat, wie ein Wahlrecht auf berufsständischer Grundlage, dann an den weiteren Beratungen nicht mehr beteiligen.

Hierin liegt die große Gefahr für das Scheitern der Vorlage. Wenn auch die Hoffnung, daß selbst dann doch noch eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen gefunden wird, nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Nationalliberale und Freikonservative werden es so nicht zum Bruch kommen lassen, ganz zu schweigen vom Zentrum, das eine solche Verantwortung in keinem Fall übernehmen wird. Mit seinem Empfinden für die Motive, von denen sich die politischen Parteien leiten lassen, hat der gelehrte Parlamentarier, Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg, die Waffe des Drucks der Wähler aus seinem Oberfenster herangeholt, eine Waffe, die auch unter der Herrschaft des Dreiklassenwahlrechts nicht völlig stumpf ist.

Nicht als ob wir uns der Hoffnung hingeben, daß im Falle einer Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Ausschreibung von Neuwahlen unter der Parole des gleichen Wahlrechts eine unbedingte reformfreundliche Mehrheit zustande käme! Eine Verschiebung nach links würde dann namentlich bei einem Zusammengehen aller Anhänger des gleichen Wahlrechts auf der ganzen Linie wohl zustande kommen, aber ob sie ausreichen würde, die Widerstände zu brechen, das ist zum mindesten zweifelhaft.

So hat bisher auch Herr Dr. Friedberg das Wort vom Druck der Wählermassen nicht aufgesagt. Was ihm vorzuschwebte, waren nicht die Landtags-, sondern die Reichstagswahlen, die ja nach menschlichem Ermessen zuerst stattfinden, und daß diejenigen Parteien, die dem preussischen Volke das Wahlrecht vorzuenthalten wagen, nicht nur in Preußen, sondern auch im übrigen Deutschland stark dezimiert werden würden, darüber herrscht kein Zweifel. Das deutsche Volk ist so tief davon durchdrungen, daß es sich beim preussischen Wahlrecht um eine deutsche Frage handelt, daß die Abrechnung mit den Wahlrechtsfeinden eine so gründliche werden wird wie nie zuvor.

Auf die Herren von der äußersten Rechten freilich, die es offenbar auf eine Machtprobe ankommen lassen wollen, haben die Worte des stellvertretenden Ministerpräsidenten keinen Eindruck gemacht, an ihre Adresse waren sie auch nicht

gerichtet. Dennoch aber werden die Mittelparteien, von denen jetzt alles abhängt, daran nicht achtlos vorübergehen. Im Plenum mußten ihre Redner zunächst ihren Standpunkt wahren und die Aufträge ihrer Fraktionen ausführen. Aber wenn die erste Lesung vorüber ist, wenn sie vor Beginn der Kommissionsberatungen zu erneuten Fraktionsitzungen zusammentreten, dann werden sie bei ihren Beschlüssen die Erklärungen vom Regierungstisch nicht unbeachtet lassen können.

Bei den der ersten Lesung vorausgegangenen Fraktionsberatungen war das „Unannehmbar“ des Ministers Drews, war das Friedberg'sche Wort vom Druck auf die Wählermassen noch nicht gefallen. So konnte man an der Entscheidung der Regierung noch zweifeln. Jetzt ist es anders, und wenn die Vertreter der Regierung die Zeit bis zum Beginn der Kommissionsberatungen, die erst im Januar ihren Anfang nehmen werden, geschickt auszunutzen verstehen, dann werden sich die Aussichten für die Wahlreform günstiger gestalten.

Unflug aber wäre es, wollten sich die Anhänger des gleichen Wahlrechts auf die Regierung allein verlassen. Auf ihre eigene Kraft müssen sie bauen, der Druck der Wähler muß sofort einsetzen. Es ist keine Zeit zu verlieren. Beginnen wir mit der Agitation, rütteln wir die Wähler auf, ruhen wir nicht eher als bis auch aus den entlegensten Dörfern und den kleinsten Hütten weithin vernehmbar der Ruf erschallt:

Das gleiche Wahlrecht für Preußen!

Das Plenum des Abgeordnetenhauses setzte am Montag die Beratung der Wahlrechtsvorlage fort. Abg. Herold vom Zentrum bestritt, daß ein Teil seiner Freunde unbedingt gegen das gleiche Wahlrecht sei, sie behielten sich vielmehr die endgültige Stellungnahme vor, je nach den Sicherungen, die für die Wahlkreiseinteilung und für die Erhaltung unserer kulturellen Interessen gegeben sind. Der Zentrumsredner, der sich übrigens für einen *Verständigungsgesetz* aussprach, gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möchte, eine Lösung zu finden, durch welche die weitere Entwicklung Preußens gefördert

wird. — Nach ihm sprach Abg. Wiemer, der die Erklärung des Ministers Friedberg zur Wahlrechtsvorlage begrüßte und sich energisch für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen aussprach. Das, was Wiemer über den Kanzlerwechsel im Reichstage sagte, entspricht den seitdem bekannten Tatsachen und zeigt, wie falsch die Behauptungen der Konservativen in dieser Hinsicht sind. Als einen Fortschritt bezeichnete es Wiemer, daß die Konservativen wenigstens bereits die indirekte Wahl, die öffentliche Abstimmung und die Klassenwahl preisgegeben haben und sich nur noch gegen das gleiche Wahlrecht wenden. Unter scharfer Polemik gegen die Ausführungen der konservativen Wahlrechtsfeinde wies Wiemer nach, daß das preussische Abgeordnetenhaus keineswegs seine Pflichten auf kulturellem Gebiete erfüllt habe. Er verlangte, daß im Staate der allgemeinen Schulpflicht, der allgemeinen Steuer- und Wehrpflicht auch ein allgemeines gleiches Wahlrecht herrschen müsse und erst recht nach den Erfahrungen dieses Krieges. — Der *freikonservative* Abg. Dr. Lüdicke wandte sich im Gegenzug hierzu noch einmal mit großer Entschiedenheit gegen das gleiche Wahlrecht. Was er zur Begründung seines Standpunktes anführte, ist nicht neu. Er wiederholte mit anderen Worten, was vor ihm Herr v. Jedlig und der Konservative v. d. Osten schon gesagt hatten. — Nachdem dann der Vorkant die Notwendigkeit der Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts kurz, aber treffend begründet hatte, eröffnete der konservative Abg. Graef mit einem Loblied auf das Herrenhaus und einer scharfen Verurteilung des gleichen Wahlrechts die dritte Garnitur der Redner. — Ihm erwiderte der Fortschrittler Pippmann, der die Erinnerung an die jüngste Debatte über das Herrenhaus aus dem Frühjahr dieses Jahres auffrischte und unter größter Heiterkeit nachwies, daß damals das Urteil selbst der Konservativen über die Erste Kammer wesentlich anders gelautet hat als heute. Was der Abg. Pippmann im übrigen zugunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts sagte, war durchaus zutreffend; aber einen Eindruck werden seine Worte auf die Wahlrechtsfeinde ebensowenig gemacht haben wie die der übrigen Anhänger der Regierungsvorlage. — Am Dienstag soll die Debatte beendet werden.

Die Verhandlungen über die Waffenruhe an der Ostfront.

Berlin, 10. Dezember. Ueber den Verlauf der Verhandlungen über die Waffenruhe an der Ostfront erfahren wir folgendes:

Zu Beginn der Verhandlungen mit der im Standort des Hauptquartiers des Oberbefehlshabers Ost erschienenen russischen Delegation stellte sich beim Austausch der Vollmachten heraus, daß diese auf beiden Seiten lediglich dazu ermächtigt, über einen Waffenstillstand zu verhandeln, nicht aber über den Frieden. Die russische Delegation schlug vor, einen allgemeinen Waffenstillstand für alle Heere und auf allen Fronten zu vereinbaren. Hierauf konnte unserserseits nicht eingegangen werden, da die Bundesgenossen Rußlands weder vertreten waren, noch den russischen Delegierten Vollmachten erteilt hatten, daß diese in ihrem Namen sprechen. Wir kamen daher überein, die Verhandlungen auf den Abschluß des Waffenstillstandes zwischen den Armeen der Verbündeten und dem russischen Heere zu beschränken. — Von russischer Seite war hierbei ausdrücklich hervorgehoben worden, daß der abzuschließende Waffenstillstand den unmittelbaren Eintritt in Friedensverhandlungen zum Zwecke haben solle, und zwar über einen zwischen allen Kriegführenden. Hieron haben die Bevollmächtigten der Verbündeten mit Befriedigung Kenntnis genommen. Sogleich in die Erklärung von Friedensverhandlungen einzutreten, war schon deshalb nicht möglich, da die beiderseitigen Vollmachten nicht ausreichten.

Am zweiten Sitzungstage teilten die russischen Delegierten uns ihre Vorschläge für den Waffenstillstand mit. Diese Bedingungen gingen für ihre militärische Lage zum Teil ganz erstaunlich weit. Die Russen verlangten beispielsweise die Räumung der Inseln im Rigaischen Meerbusen, ohne ihrerseits die Zurückziehung ihrer Truppen an irgend einer Stelle der Front anzubieten. Ferner wollten sie uns vorschreiben, für die ganze Dauer eines ihrerseits auf sechs Monate vorgeschlagenen Waffenstillstandes unsere Truppen in den Schützengräben der Ostfront zu belassen. Nicht einmal deren Zurückverlegung in Ruhequartiere sollte gestattet sein. Auf solche Bedingungen konnten wir uns natürlich nicht einlassen.

Bei der Besprechung der einzelnen Punkte stellte sich dann aber heraus, daß in allen außer einer Frage, eine Einigung gleich zu erzielen war. Der einzige Punkt, für den wir keine Lösung fanden, war die Frage der Inseln im Rigaischen Meerbusen, deren Räumung natürlich

außerhalb jeder Diskussion steht. — Wie leicht an sich eine Einigung zu erzielen war, zeigte sich in dem Augenblicke, als die russischen Delegierten erklärten, weitere Instruktionen aus Petersburg einholen zu müssen; denn wir haben daraufhin in kürzester Zeit und ohne auf ernstliche Schwierigkeiten zu stoßen, eine Einigung über die Bedingungen der jetzt eingetretenen zehntägigen Waffenruhe erzielt. Mit dieser kurzfristigen Abmachung dürften wir ein gutes Vorzeichen für die Zukunft erblicken.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur fand am Sonntag eine Versammlung des Petersburger Arbeiter- und Soldatenrates statt, in der die den Waffenstillstandsverhandlungen ermächtigten Abgeordneten Bericht erstatteten. Die Erörterung wurde vertagt.

Die bürgerliche Presse bringt unbegründete Meldungen, daß die Bolschewiki in allen Punkten nachgaben. Die Presse der Arbeiter- und Soldatenräte antwortet kräftig darauf und beweist, daß die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte weder einen Waffenstillstand noch einen Frieden schließen werde, der den Interessen nicht nur der Russen, sondern auch der Volksmassen der Allierten zuwiderlaufe.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet weiter: Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Trotsky, unterrichtete die Botschafter und Gesandten von England, Frankreich, Amerika, Italien, China, Japan, Rumänien, Belgien und Serbien in amtlicher schriftlicher Form über den bisherigen Gang der deutsch-russischen Verhandlungen und über die eingetretene Verhandlungspause. Er machte die diplomatischen Vertreter darauf aufmerksam, daß auf diese Weise ein Zeitraum von mehr als einem Monat zwischen dem ersten russischen Friedensangebot vom 8. November und der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 12. Dezember verstreichen werde. Dieser Zeitraum sei groß genug, um den verbündeten Regierungen Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zu den Friedensverhandlungen festzulegen, das heißt, ja oder nein zu antworten, und wenn sie nein antworten, offen zu erklären, für welche Ziele die Völker vier Jahre hindurch ihr Blut vergießen sollten.

Die Entente wird sich also nunmehr entschließen müssen, ob sie an den Friedensverhandlungen teilnehmen will oder nicht. Am Donnerstag hatten, nach einer Stockholmer Privatmeldung, die Botschafter der Allierten in Petersburg eine Versammlung, in der nach Meldungen der Blätter Buchanan Mitteilungen über die Beschlüsse der Pariser Konferenz machte. Die Westmächte hätten dort beschloffen, einstweilen einen Bruch mit Rußland zu vermeiden und falls die konstituierende Nationalversammlung die eingeleitete Friedensaktion fortsetzt, an diesen Unterhandlungen

teilzunehmen. Jedenfalls sollen Repressalien gegen Rußland unterbleiben. Diese Beschlüsse wurden von der französischen Botschaft der Presse mitgeteilt gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen auf einer Basis, welche Frankreichs Würde und Interesse nicht widerspricht. Trotz hat daher erneut die Verbündeten aufgefordert, an den Verhandlungen in Brest Litovsk teilzunehmen.

Wie das russische Blatt „Sworjennost“ mitteilt, hat der englische Botschafter, als er der russischen Regierung den Beschluß der Botschafterkonferenz mitteilte, keine Repressalien gegen Rußland zu ergreifen, hinzugefügt, daß die Alliierten an den Verhandlungen über den Waffenstillstand und Frieden nicht teilnehmen könnten, weil die Einladung zur Teilnahme an diesen Verhandlungen ihnen zu spät zugegangen sei. Die französische Regierung sei jedoch nicht abgeneigt, gemeinsam mit Rußland und den anderen Alliierten von einer russischen Regierung, die das Vertrauen des Volkes besitze, einen Vorschlag über die Einleitung von Friedensverhandlungen unter Bedingungen, die den Interessen und der Würde Frankreichs nicht widersprechen, entgegenzunehmen.

Offenlich befinden sich die Westmächte doch noch eines besseren und entscheiden sich für die Teilnahme an den Verhandlungen.

Die Kriegslage.

Am 9. Dezember war das Feuer in Flandern lebhaft und mehrfach in Feuerüberfällen gesteigert. Abends erhielten die Stadt Ypres und die Gegend südlich des Ortes lebhaften Beschuß. Zwischen Blankaarsee und Baschenbaele hielt das lebhafteste Artilleriefeuer auch nachts über an.

Südwestlich von Cambrai verlief der Vormittag bei schlechter Sicht und Regen ohne besondere Kampftätigkeit. Erst am Nachmittag wurde das Störungsfeuer aus uniere Gräben lebhafter und hielt auch beiderseits der Straße Arras—Cambrai die Nacht über an. In Patrouillenkämpfen wurden südlich der Nationalstraße Sapaume—Cambrai von den Engländern weitere Grabenlinien entworfen, während nördlich La Vacquerie ein gegen Abend erfolgender englischer Vorstoß im Nahkampf unter erheblichen Feindverlusten abgemittelt wurde.

Ostlich der Maas nahm zwischen dem Caures-Walde und Sezouwar die feindliche Artillerietätigkeit zu und erreichte gegen Abend erhebliche Stärke. Am 10. Dezember setzte seit 7 Uhr vormittags das feindliche Feuer erneut in größerer Stärke ein.

Im Piave-Delta entrißen ungarische Honved-Truppen den Italienern den Brückenkopf südlich des Capo Sile.

Die Seeresberichte.

Berlin, 10. Dezember, abends. (Amtlich.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Wien, 10. Dezember. (Amtlich.)

Deutscher Kriegsschauplatz.

Die Verbündeten schließen mit den wütenden dem Dnjepr und der Donau-Mündung kehrenden russischen und rumänischen Armeen der rumänischen Front Waffenstillstand ab.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Piave-Mündung entrißen Sturmtruppen des Kaiser-Königlichen Regiments Nr. 32 dem Feind den Brückenkopf von Bressanica. Sechs italienische Offiziere und 228 Mann wurden gefangen genommen und zehn Maschinengewehre erbeutet.

Frankreich und Belgien.

Frankreichs öffentliche Meinung gefälscht!

Die französische Presse hatte den Brief Lord Lansdownes bisher nicht besprochen. Der der Minderheit angehörende Deputierte Longuet schreibt am Sonnabend im „Nans“, trotz aller übelwollenden und verleumderischen Auslegungen sei der Brief Lansdownes eines der wichtigsten politischen Dokumente des Krieges, dessen Wirkungen beträchtlich sein würden. Man habe auf die Unwissenheit des französischen Publikums über die Persönlichkeit des Briefschreibers spekuliert, um zu versuchen, die Tragweite und den Wert des Briefes herabzusetzen.

Longuet erinnert an die politische Laufbahn und Bedeutung Lansdownes, der der Vater der französisch-englischen Entente sei. Man müsse an Kriegsschauplätzen leiden, um den Brief zu betonen zu können, wie es in England vielfach geschehen ist. Die „Times“ des Lord Northcliffe, der für den Weltkrieg eine so tüchtigste Verantwortlichkeit trage, habe sogar den unverschämten Satz schreiben können, daß Lansdownes Deutschland noch besser als Lenin diene. Die französischen Zeitungsagenturen stürzten die Artikel der englischen reaktionären Presse in ausgiebiger Weise, bezogen welche das französische Publikum darüber in Unwissenheit gehalten, daß Lansdownes Erklärungen von beinahe allen liberalen und konservativen Kreisen Englands begeistert aufgenommen worden seien. Die lebendigen Sprechungen des „Manchester Guardian“, der „Westminster Gazette“ und der „Daily News“ seien natürlich unterdrückt worden, aber im gleichen Augenblicke, wo der bedeutende Sozialist in England mit Schwärzungen überschüttet wurde, habe Wilson die gleichen Ansichten wie Lansdowne geäußert. Auf Grund der von Wilson wie von Lansdowne angeführten Gründe müßte die Entente ihre Kriegspolitik nachprüfen. Es sei kein Eigenlob zu verlieren, wenn man die schwebenden Grundfragen vermeiden wolle. Longuet schließt im übrigen mit der Bitte, die Stimme der Völker allen Imperialisten jeglicher Art und aller Länder zum Trotz Gehör zu verschaffen zu lassen.

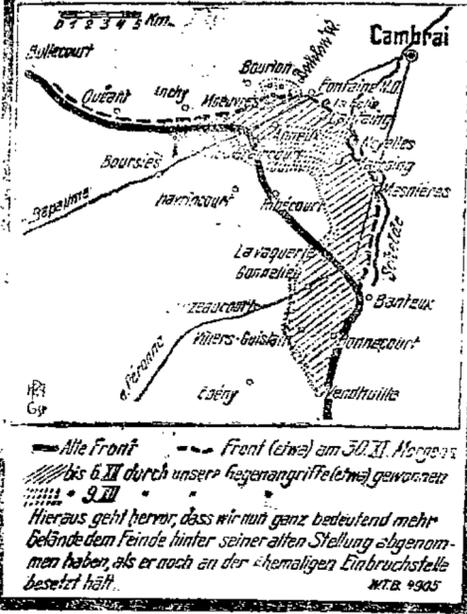
Rußland.

„Gehrig begehrt mit Sibirien und Gesundheit.“

„Lands“, das Organ der Bolschewiki, zweifelt nicht, daß die Chöre der Kapitalisten und Befehlshaber verstanden werde, in der Verfassunggebenden Versammlung durch die Macht des Kapitals und der Lügen die Sache des Friedens und der Freiheit zu führen und die Macht des Volkes zu brechen. „Lands“ meint es, nicht mit dem Feind zu bestehen, und hält den Bürgerlichen das inartige Spiel des Dschamas vor Augen, der gegen das Volk unarzig. Die Waffen des Volkes können sich gegen die Herrschaft des Feindes und gegen sich nicht richten. „Lands“ will offen, die es wegen werden, gegen die Demokratie aufzutreten! Das selbe Blatt drückt bei Besprechung des Waffenstillstands ab als ein Zeichen der Befriedigung aus, daß die verschiedenen Regierungen die Proletariat und Bauern des Semens beschuldigen werden. In bezug auf das Kapital der Alliierten wird das russische Volk ein Verräter sein, indem es sich weigert, die Interessen der Kapitalisten der Alliierten zu verteidigen. Das Blatt sagt: „Die Volksmassen in den alliierten Ländern wissen, daß wir für sie kämpfen. Die Arbeiter Frankreichs, Englands und Italiens werden darüber urteilen, ob wir es sind, die Verrat üben an den Interessen der Volksmassen aller Länder, wir, die wir für einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden kämpfen, oder Lloyd George und Clemenceau, die Verteidiger des Weltgemeinens, die den strategischen Kombinationen der militärischen Befehlshaber Gehör geben. Das Blatt richtet warmen Appell an die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns, mitzuhelfen am Friedenswerke. Das Blatt befürwortet dann den Gedanken der Ungültigkeitserklärung der von Rußland mit dem Ausland abgeschlossenen Staatsanleihen und die Einstellung der Verzinsung und Amortisierung der Anleihen. Das Blatt begründet seinen Gedanken damit, daß das russische Volk nicht verpflichtet sei, jährlich rund eine Milliarde Rubel als Tribut dafür zu zahlen, daß es in den Krieg des internationalen Kapitals hineingezogen worden sei. Man brauche nicht weitere Zinsen zu zahlen für dieses Vergnügen. Es sei genug bezahlt mit Blut und Gesundheit auf dem Schlachtfeld und mit Geldern, die vor dem Kriege an Verzinsung und Amortisierung gezahlt worden seien. Jetzt sei der Augenblick günstig für die Streikung. Dies sei eine der berechnigsten und verbindlichsten Friedensbedingungen.“

Zu den Ereignissen bei Cambrai

die nunmehr zu einem vollen deutschen Siege geworden sind



beschildigen werden. In bezug auf das Kapital der Alliierten wird das russische Volk ein Verräter sein, indem es sich weigert, die Interessen der Kapitalisten der Alliierten zu verteidigen. Das Blatt sagt: „Die Volksmassen in den alliierten Ländern wissen, daß wir für sie kämpfen. Die Arbeiter Frankreichs, Englands und Italiens werden darüber urteilen, ob wir es sind, die Verrat üben an den Interessen der Volksmassen aller Länder, wir, die wir für einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden kämpfen, oder Lloyd George und Clemenceau, die Verteidiger des Weltgemeinens, die den strategischen Kombinationen der militärischen Befehlshaber Gehör geben. Das Blatt richtet warmen Appell an die Völker Deutschlands und Österreich-Ungarns, mitzuhelfen am Friedenswerke. Das Blatt befürwortet dann den Gedanken der Ungültigkeitserklärung der von Rußland mit dem Ausland abgeschlossenen Staatsanleihen und die Einstellung der Verzinsung und Amortisierung der Anleihen. Das Blatt begründet seinen Gedanken damit, daß das russische Volk nicht verpflichtet sei, jährlich rund eine Milliarde Rubel als Tribut dafür zu zahlen, daß es in den Krieg des internationalen Kapitals hineingezogen worden sei. Man brauche nicht weitere Zinsen zu zahlen für dieses Vergnügen. Es sei genug bezahlt mit Blut und Gesundheit auf dem Schlachtfeld und mit Geldern, die vor dem Kriege an Verzinsung und Amortisierung gezahlt worden seien. Jetzt sei der Augenblick günstig für die Streikung. Dies sei eine der berechnigsten und verbindlichsten Friedensbedingungen.“

Kein russischer Staatsbankrott.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: „Es erfolgte keine Ungültigkeitserklärung der ausländischen Anleihen durch ein Dekret der Regierung. Es handelt sich lediglich um einen Artikel des Bolschewiki-Organs „Pravda“. Da werden die internationalen Kapitalisten aber erleichtert aufatmen.“

Die Bauernkonferenz für die Maximalisten.

Die „Daily News“ meldet aus Petersburg: Die Bauernkonferenz, die in Petersburg abgehalten wurde, billigte mit 432 gegen 89 Stimmen das Regierungsprogramm der maximalistischen Regierung betreffend die Bodenverteilung in Rußland, die Abrüstung und die Demobilisierung mit sofortigem Friedensschluß.

Keine Lostrennung von Rußland.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die von Haxas, Kemer und zum Teil auch von Berichterstattern der Presse der Alliierten gebrachten Meldungen von einer Lostrennung Sibiriens, des Kaukasus und der Krimit sind vollkommen erlogen. Der Kaukasus befindet sich in der Macht des Hauptrates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten, der die Absicht hat, eine koordinierte Regierungsgewalt für alle sozialistischen Parteien zu schaffen. Das Arbeiterzentrum im Kaukasus, Baku, und die meisten dortigen Garakionen sind auf Seiten der Bolschewiki.

Die Ukraine für sofortigen Waffenstillstand.

Die Kaba der Ukraine hat, wie der „Daily Chronicle“ meldet, sich mit 29 gegen 8 Stimmen für einen sofortigen Waffenstillstand erklärt.

Konfiskation des persönlichen Grundbesitzes.

Aus Petersburg wird gemeldet: Eine Proklamation der maximalistischen Regierung hat den persönlichen Grundbesitz für null und nichtig erklärt. Alle Besitzungen sind zum nationalen Eigentum erklärt worden.

England.

Mit der Wahlrechtsreform.

die, wie wir bereits gestern gemeldet, in dritter Lesung vom Unterhause angenommen worden ist, und durch die alle Männer, die das 21. Lebensjahr erreicht haben, und den Soldaten und Seemannen nach 12 Lebensjahren ab sowie den Frauen von mehr als 30 Jahren das Wahlrecht erteilt wird, hat England nun das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erhalten. Die englische Wahlrechtsreform ist sehr energig durchgeführt worden, nachdem ungefähr vor einem Jahre durch eine Unterhausekommission alle Parteien unter Vorbehalt des Sprechers ihre Berechtigung bezeugt worden war. Sie war im Prinzip beendet. Eine neue Kommission zur Änderung der Wahlkreise muß dem ungefähren Maßstab von je 72000 Wählern auf einen Abgeordneten wurde dann eingesetzt, die vor etwa zwei Monaten mit ihrer Arbeit fertig war. Die beiden wichtigsten Fortschritte der Gesetzesvorlage, abgesehen von der außerordentlichen Erweiterung der Zahl der Wahlberechtigten — etwa zwei Millionen männliche Wähler und etwa sechs Millionen weibliche Wähler mehr — war die

Einführung eben des Frauenwahlrechts und der Verhältniswahl. Das Frauenwahlrecht hatte Aussicht auf Erfolg nach der Rede, die Asquith im Unterhause für das Frauenwahlrecht unter der Aufgabe seines früheren Standpunktes infolge der Kriegserfahrungen gehalten. Nach der Reuthe-Debatte scheint die Verhältniswahl das bisherige Wahlverfahren nicht ersetzen zu sollen. Man hat unter den Parteiführern die Meinung, daß die offiziellen Parteimaschinen, die bereits durch die anderen Veränderungen vor ungelöste und ungeliebte Aufgaben gestellt sind, durch die Verhältnismäßig vollkommen unentworfbar werden könnten, und diese parteipraktischen Erwägungen haben den Ausschlag gegeben. Die meisten liberalen und unionistischen Zeitungen weisen darauf hin, daß bei den erwarteten außerordentlichen Parteiverschiebungen, die schon mit der erstmalig selbständig auftretenden Arbeiterpartei gegeben sind, auf die Dauer der Ablehnung der Verhältniswahl den jetzt führenden Parteien äußerst nachteilig werden wird. Der Sekretär der Arbeiterpartei, Henderson, vermutete schon in den ersten Tagen des kommenden Sommers. Er steht damit nicht allein. Neuwahlen könnten das Mittel zur Klärung der Lage sein, und die Wahlregister müßten dem Verhältnismäßig in sechs bis sieben Monaten durchgeführt. Andererseits hat dieser Übergangszustand unzweifelhaft eine erhebliche Milderung auf die Festigkeit des Kabinetts Lloyd George.

Die Kämpfe im Orient.

Jerusalem von den Engländern besetzt?

Im englischen Unterhause teilte Bonar Law mit, daß die Engländer in Jerusalem eingedrungen sind.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Der Luftkrieg gegen Deutschland.

Berlin, 10. Dezember. (Amtlich.) Der Feind unternahm im November zwei Bombenangriffe gegen das deutsche Heimatgebiet. Ein Angriff fand am Allerheiligentage statt und richtete sich gegen friedliche Städte und Dörfer in Baden und der Pfalz; der zweite Angriff hatte das lothringisch-luxemburgische Industriegebiet zum Ziel. Eine Frau wurde durch Bombenplitzer leicht verletzt. Sachschaden wurde in ganz geringem Umfang, militärischer Schaden überhaupt nicht angerichtet. Der Feind hüfte den Angriff am Allerheiligentage mit dem Verlust eines Flugzeuges, das brennend abgeschossen wurde, ein zweites Flugzeug wurde durch unter Abwehrfeuer jenseits der Linie zur Landung gezwungen.

Der amerikanische Häufungswahn.

In dem Jahresbericht fordert der Marinestabschef Daniels für das kommende Jahr eine Milliarde Dollars. Er legt aber auseinander, daß es notwendig sein werde, in dem Verlaufe der Konstruktions weitere Gelder anzufordern. Die ankommende Wirkung des Krieges auf die Flotte werde durch folgende Zahlen bewiesen: Zunahme seit dem 1. November zeigten: Marinestreitkräfte, Offiziere und Mannschaften von 19 500 auf 322 000. Reserveoffiziere und Mannschaften von einigen Hundert auf 49 000. Die monatlichen Ausgaben von 8 Millionen Dollar auf 60 Millionen Dollar, die in Auftrag gegebenen Schiffe von 800 auf über 1000. Der Staatskredit gibt ferner an, daß die im Auslande gelegenen amerikanischen Flottenstützpunkte nächstes Jahr in Tätigkeit treten würden.

Keine internationale Konferenz vor Weihnachten.

Stockholm, 12. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Ein hiesiges Blatt gab ein in Dänemark erschienenen Interview wieder, nach welchem Hunsmans die Einberufung einer neuen internationalen sozialistischen Konferenz vor Weihnachten in Aussicht gestellt haben sollte. Hunsmans, der loben von einer Reise heimgekehrt ist, erklärt das Interview als pure Erfindung. Er habe in der letzten Woche überhaupt mit keinem Journalisten gesprochen.

Die revolutionäre Bewegung in Portugal.

Aus Lissabon wird gemeldet: Nach einem grimmigen Kampf von drei Tagen zwischen Regierungstruppen und Revolutionären, denen sich fast die ganze Garnison von Lissabon angeschlossen hatte, ist die Regierung zurückgetreten und haben die Revolutionäre eine vorläufige Regierung unter Vorherrschaft von Paes gebildet. Die Mitglieder der zurückgetretenen Regierung begaben sich an Bord des Kreuzers „Vasco de Gama“, der die Stadt bombardierte, das Bombardement aber einstellte, als die Führer der Revolutionäre drohten, das Feuer von den Forts aus beantworten zu lassen. Ueber die Stadt ist der Belagerungszustand verhängt; die Ruhe ist nun zurückgekehrt.

Aus Lissabon meldet Reuter: Die Revolutionäre haben ein Manifest veröffentlicht, worin die abgesetzte Regierung eine Gesetz für die Republik genannt wird und eine Regierung der Gleichheit, Freiheit und Verträglichkeit versprochen wird. Weiter wird erklärt, daß die neue Regierung beschlossen habe, Portugals Bundesgenossen treu zu bleiben und allen im Namen der portugiesischen Abgeordneten geschlossenen internationalen Verpflichtungen nachzukommen. — Das Bureau der liberalen Zeitung „Mundo“ ist abgebrannt.

Der spanische Gesandte in Lissabon meldet, daß die Straßenkämpfe am Freitagabend ein Ende nahmen. Nur dann und wann wurde später noch in den Straßen geschossen. Paes, Machado Santo und Hauptmann Feliciano Costa haben ein revolutionäres Komitee gebildet. Machado Santo wird heute abend hier erwartet. Die Beschlüsse über die Absetzung des Präsidenten der Republik und die Auflösung des Parlaments werden noch heute erwartet. Vellencout wird Ministerpräsident werden und vorläufiger Präsident der Republik.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Dreiklassenparlament.

Der Aeltestenrat des preussischen Abgeordnetenhauses machte sich am Montag dahin schickig, die erste Lesung der Wahlrechtsvorlagen unter allen Umständen am Dienstag zu beenden. Mittwoch kommt der Antrag Fuhrmann über den Erlass des Ministers des Innern betreffend die politischen Beamten zur Verhandlung, am Donnerstag der Bericht über die Kohlenfrage und am Freitag die Anträge auf Territoriumsfrage für die Beamten. Dann wird sich das Haus bis zum 15. Januar vertagen. Die Wahlrechtskommission wird wahrscheinlich

Die deutschen Kolonisten besaßen gewaltige Strecken Getreideland. Ein Drittel aller Deutschen in Rußland wurden in der Landwirtschaft beschäftigt, die Engländer waren mehr in der Textilindustrie, die Franzosen mehr im Handel und der Kaufmannschaft tätig. Der Vortragende gab dann genaue Zahlen über das investierte Kapital, zeichnete mit Hilfe einer großen Karte ein überflächliches Bild von dem Frachtenverkehr Rußlands auf seinen Eisenbahnen und Flüssen. Die Hauptprodukte, die transportiert wurden, waren wieder Naphtha und dessen Nebenprodukte, Nahrungsmittel, Holz, Erz, Kohle. 2400 Millionen Rub wurden allein auf den Flüssen verfrachtet. Nachdem die Seefahrt noch einer eingehenden Betrachtung unterzogen wurde, wandte sich Redner den zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten zu. Er rechnet zunächst mit einem Rückgang der Industrieproduktion. Es würde schwer werden, die heimkehrenden Kriegsgefangenen zu beschäftigen, ausgenommen die für die Landwirtschaft in Betracht kommenden. Aber sobald der Friede ein erziehlbares Arbeiten zuläßt, wird Rußland sich schnell erholen. Nach Bedarf es großer Hilfe von außen. Die deutsche Industrie habe bei einem vernünftigen Friedensschluß große Vorteile von Rußland, denn sie genieße großes Vertrauen. Reich-tum an Bodenschätzen wird auch das Großkapital anlocken. Jedenfalls müßten mit Rußland gunstbarliche Beziehungen angebahnt werden. Dann haben beide Völker ihren Vorteil. Ein Wink für die Friedensunterhändler.

Eisenbahnverkehrsbesitz. Die Schnellzüge D 1 und D 2 Hamburg a/bf. - Stettin über Lübeck, bezw. umgekehrt, kommen vom 15. Dezember d. J. ab auf der Strecke Bülow - Stettin zur Aufhebung.

Büchereien und Zigarrenfabriken als Tabakfabrik. Der Bundesrat hat unterm 6. ds. Mts. genehmigt, daß den Herstellern von Zigarren und Zigaretten die Verwendung von Büchereien und Zigarrenfabriken als Erzeugnisse bei der Herstellung von Tabakerzeugnissen und tabakähnlichen Waren gestattet werden darf. Hersteller von Zigarren und Zigaretten, die diese Erzeugnisse zu den genannten Zwecken verwenden wollen, haben vorher die Genehmigung des zuständigen Hauptamts einzuholen. Anderen Personen kann die Genehmigung nicht erteilt werden. - Was die Raucher nicht noch alles konsumieren müssen!

Strümpfe aber keine Stopfwohle. Es ist zwar nicht leicht im Zeichen des Mangels an Wolle noch ein Paar ordentliche Strümpfe zu erhalten. Das nimmt die Bevölkerung in Kauf, weil sie weiß, daß die Wolle knapp ist. Gedulbig ersehen sich die Leute einen Bezugschein und freuen sich, wenn sie wieder ein Paar Strümpfe ihr eigen nennen können. Die Freude dauert allerdings nicht lange, denn bei dem mangelhaften Material und dem härteren Gebrauch, sind die Strümpfe bald zerrissen. Was dann? Wieder einen Bezugschein holen und sich neue Strümpfe kaufen? Das kann man der Bevölkerung nicht zumuten. Zum andern macht die Ausgabestelle für Bezugscheine Schwierigkeiten, weil nur in gewissen Zeitabständen an eine und dieselbe Person Strümpfe verausgabt werden. Guter Rat ist teuer. In Friedenszeiten war es Sitte, die Strümpfe zu knöpfen. Das würden die Hausfrauen jetzt auch sehr gerne tun, aber es fehlt die Stopfwohle. Das Zeug, das man für kleines Geld erhält, kann man nicht als Wolle anerkennen. Der Kriegszustand für Konsumenteninteressen liegt deshalb an, nicht nur ganze Strümpfe zu verausgaben, sondern auch in gewissen Zeitabständen, oder auf Bezugscheine auch ein gewisses Quantum Stopfwohle. Für viele Familien ist Stopfwohle sogar notwendiger als Strümpfe. Sie könnten die alten abgetragenen Strümpfe wieder in Ordnung bringen und dadurch den geringen Bestand an Strümpfen erhöhen. So aber zwingt man sie, die alten Strümpfe in die Ecke zu werfen und sich fortgesetzt neue zu beschaffen, oder aber die Strümpfe so lange zu tragen, bis sie überhaut nicht mehr zu gebrauchen sind. Der bekannte Ratsschlag, man solle einen defekten Ziegenstein auf dem

Dache alsbald reparieren, um zu verhindern, daß größerer Schaden entsteht, muß auf die Strümpfe übertragen werden. Hätte man Stopfwohle, dann könnten kleine Schäden an den Strümpfen bald repariert und die Strümpfe dadurch viel länger getragen werden. Vielleicht nimmt sich die Reichsbevölkerung einmal der Sache an und sorgt dafür, daß die Bevölkerung die nötige Stopfwohle erhält.

Die Jugendbank-Ausstellung fand am Dienstag ihr Ende. Da etwa 18 000 Karten abgegeben sind, und die etwa 5400 ausverkauften Gegenstände bis auf die Lotteriegewinne schon am Montag mittag völlig abverkauft waren, darf mit einem erfreulichen Ertrag gerechnet werden. Der Besuch war zeitweilig so stark, daß der Zugang gesperrt werden mußte - eine Folge der Licht- und Heizungsschwierigkeiten, die es unmöglich machten, andere als die erwählten Räume zu stellen. Unsere Jugend darf sich jedenfalls des Erfolges ihres Fleißes und ihrer Geschicklichkeit freuen. Die Gewinne, deren Nummern durch Zeitungsanzeigen bekanntgegeben werden, müssen am Freitag und Sonnabend zu den auf den Vosen bezeichneten Zeiten abgeholt werden.

Hamburg. Krieg und Parteiorganisation. Nach einer Statistik des Parteisekretariats waren Ende September ds. Js. zusammen 30 088 = 66,6 Proz. von 45 184 männlichen Mitgliedern am 31. März 1915 eingezogen. Von den 30 088 Genossen sind 20 370 = 67,7 Proz. verheiratet, mit 33 909 Kindern. Von den einberufenen Genossen sind seit Beginn des Krieges bis zum 30. September 1915 gefallen: Im ersten Wahlkreis 247, davon 129 verheiratet und 118 ledig; im zweiten Wahlkreis 248, davon 132 verheiratet und 116 ledig, und im dritten Wahlkreis 1748, davon 1197 verheiratet und 551 ledig. In den drei Wahlkreisen zusammen 2244 Genossen, davon 1458 verheiratet und 785 ledig. Der Beitragsverlust betrug bei den zum Militärdienst einberufenen Genossen seit Ausbruch des Krieges zusammen 615 388; bei den Arbeitslosen in derselben Zeit zusammen 53 975 Monatsbeiträge. Während des Krieges sind an Militärpflichtige und Arbeitslose 660 363 Monatsbeiträge erlassen.

Hamburg. Todesfälle vom Treppengeländer. Das ledige Herunterrutschen der Kinder vom Treppengeländer hat wieder ein Opfer gefordert. In der Fockmannstraße fiel der Knabe Friedrich Jürgen diesem unglücklichen Kinderopfer zum Opfer. Der Knabe erlitt beim Abstieg einen Schädelbruch, an dessen Folgen er verstarb. - Ein Schleppdampfer gesunken. Der Maschinist ums Leben gekommen. In der Süderelbe ist der Schleppdampfer „Kühle“ gesunken. Der Maschinist Rhein, der sich im Maschinenraum befand, konnte den Aus-gang nicht finden, als der Dampfer in die Tiefe gesunken war. Er ist ertrunken. - Opfer der Arbeit. Der Arbeiter Franz Meyer, wohnhaft Billborner Röhrendamm, wurde beim Abladen von Baumstämmen am Güterbahnhof von einem herunterfallenden Baumstamm so schwer getroffen, daß er infolge der erhaltenen Verletzungen bald darauf starb.

Schleswig. Großfeuer in Schloß Gottorp. Am Sonntag morgen wurde die Hamburger Feuerwehr telephonisch von Schleswig aus, wo das Schloß Gottorp in Flammen stand, um Hilfe gebeten. In Neumünster kam aber die Nachricht, daß ein Eingreifen nicht mehr nötig sei. Der Hamburger Hilfszug konnte daher wieder zurückkehren. Ueber das Feuer in dem alten Schloße wird berichtet, daß es am Sonnabend abend im Dachstuhl zum Ausbruch kam. Man rief sofort die Dampfsprizen von Kiel und Jensburg zu Hilfe, die logisch das Feuer energisch bekämpften. Um 3 Uhr nachts wurde auch der Turm vom Feuer ergriffen. Am Sonntag mittag war die Gefahr beseitigt, so daß die auswärtigen Sprizen abrücken konnten. Die alten Nord- und

Östflügel und der Ostflügel des 1708 errichteten Sitzenhauses sind erhalten geblieben und mit ihnen die Schloßkirche mit ihrem berühmten Fürstenthron von 1613/14. Der ganze Südwestteil des Schlosses mit Turm ist aber ein Raub der Flammen geworden.

Theater und Musik.

Das achte vollständige Konzert des Vereins der Musikfreunde, das gestern abend vor vollbesetztem Hause im Stadttheater stattfand, brachte fünf Werke von Richard Wagner. Zunächst dessen Sinfonie in C-dur, die hier zum ersten Male wiedergegeben wurde. Sie ist die Schöpfung eines Neunzehnjährigen, in dem es Klänge und Dränge. In seiner autobiographischen Skizze sagt Wagner selbst darüber: „Nach mehreren anderen Arbeiten machte ich mich dann auch an eine Sinfonie: an mein Hauptorbild, Beethoven, schloß ich Mozart, zumal seine große C-dur-Sinfonie. Klarheit und Kraft, bei manchen sonderbaren Abirrungen, war mein Bestreben.“ Wenn auch nicht alles in dieser Sinfonie feststeht oder vollständig wirkt, so zeigt sie in ihren Absichten und ihrer Ausführung doch schon starkes Talent, die Klänge des Löwen, dessen Erfolge allerdings auf einem anderen musikalischen Gebiete lagen, als auf dem der Sinfonie. Man muß Herrn Dr. Göhler dafür danken, daß er die für die Kenntnis der Entwicklung des Wagnerischen Schaffens nicht unwichtige Sinfonie hier zu Gehör brachte. Darauf folgte die Ouvertüre zum „Tieftenden Holländer“, ein von Sturm und Drang erfülltes Musikstück, das in der sorgfältig herausgearbeiteten Wiedergabe großen Eindruck machte. Im zweiten Teil des Konzertes gab es meisterliche „Meisterfänger“-Klänge, das bekannte Paradiesstück aus der „Walküre“, „Wobans Abschied und Feuerzauber“, sowie den „Einzug der Götter in Walhall aus „Rheingold“. Das Orchester bot unter der sicheren, temperamentvollen Leitung Dr. Göhlers wieder Vortreffliches.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 10. November. (Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat im Atlantischen Ozean neuerdings 12 000 Brutto-Register-Tonnen Schiffsraum versenkt. Zwei der versenkten Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Ferner wurde der bewaffnete amerikanische Dampfer „Altacon“ (5000 Tonnen) auf der Fahrt von Bordeaux nach Amerika versenkt. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Genf, 10. Dezember. Der portugiesische Botschafter „Progress“ veröffentlicht ein Londoner Telegramm, wonach die neue portugiesische Regierung die Revision der Kriegs- und Friedensziele anregen wird. Das portugiesische Parlament ist zum 3. Januar einberufen.

Stockholm, 10. Dezember. Aus Charbin wird telegraphiert, daß die Stadt von chinesischen Truppen plötzlich besetzt worden sei. Die Absicht der Chinesen soll sein, die chinesischen Untertanen zu schützen. Japanische Militärs zogen in Maschibowost ein.

Verantwortlich für die Abdruck: „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwigt. Für den gesamten Abdruck: Johannes Stelling. Verleger: J. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gmündlich in Lübeck.

Bekanntmachung betreffend Lebensmittelkartenhefte.

Die Kontrolle der Lebensmittelkartenhefte hat ergeben, daß in der ersten Woche vom 23. November bis 2. Dezember 1917 von 185 zurückgelieferten Lebensmittelkartenheften nur 65 in Ordnung waren, während bei 79 Heften die Vorschriften der Bekanntmachung vom 10. November 1917 überhaupt nicht oder nur unvollständig beachtet waren. In 22 Heften fehlten die Nummern auf den einzelnen Belegkarten und in 46 Heften waren auf den Belegkarten weder die Nummern noch die Namen der Karteninhaber enthalten. Trotzdem hatten 52 Kleinhändler diese unvollständigen Belegkarten abgegeben. Diese Tatsache beweist, daß in den Kreisen der Kleinhändler mit einer unverantwortlichen Nachlässigkeit vorgegangen wird, und daß die erlassenen Vorschriften nicht beachtet werden. Hierdurch aber wird der maßbräuchlichen Benutzung der Lebensmittelkarten Vorbehalt geleistet und die gleichmäßige Versorgung der Allgemeinheit auf das ernste gefährdet. Da die wiederholten Warnungen des Polizeiamts in dieser Hinsicht bisher leider nur sehr wenig Beachtung in Kleinhandlertreuen gefunden haben, steht sich das Polizeiamt veranlaßt, künftig jeden einzelnen Fall der Zuwiderhandlung gegen die erlassenen Vorschriften der Staatsanwaltschaft zur Betrachtung des Schuldigen zu überweisen. Außerdem werden die in Frage kommenden Geschäfte von der künftigen Belieferung mit Ware ausgeschlossen.

Lübeck, den 2. Dezember 1917. (4007)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung betr. Erstattung abhanden gekommener Brotkartenabschnitte.

In letzter Zeit wurden sich die Anträge von Bäckern und Händlern zur Erstattung gekommener oder sonstwie abhanden gekommener Brotkartenabschnitte beim von gekohltem Brot und Mehl in herkömmlicher Weise, daß das Polizeiamt sich gemüßigt hat, die Erstattung grundsätzlich abzulehnen, ohne Rücksicht darauf, ob den Berechtigten bei dem Verlust ein Verschulden trifft oder nicht. Das Polizeiamt muß sich den Händlern und Brotbäckern überlassen, die Brotkartenabschnitte sowie ihre Brote und Mehlvermehrte darauf aufzubewahren, daß sie nicht gekohlen werden oder sonstwie abhanden kommen können.

Lübeck, den 19. März 1917. (4002)

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung wird erneut zur Kenntnis gebracht.

Lübeck, den 16. Dezember 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Der hiesige Kommunalverband kann durch die Kriegszustandsgesetzgebung zugunsten der Kommandante bestehen, welche hiesigen Gemeinden zur Aufhebung warmer Winterkleidung für Arbeiter usw. und auch unbediensteten Personen, die diese Hilfe zur Bekleidung warmer Kleidung verwenden wollen, zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Preis wird sich für jahre warm nur ungefähr 90 Pf., für Winterkleidung auf ungefähr 75 Pf. für das Jahr in geschlossenen - wachsende stellen.

Lübeck, den 2. Dezember 1917. (3896)

Das Polizeiamt.

Elektrizitätsversorgung.

Nachdem die Ueberlandzentrale Lübeck Aktien-Gesellschaft wegen Maschinenschadens den Betrieb bis auf weiteres eingestellt hat muß das städtische Elektrizitätswerk den gesamten Licht- und Kraftbedarf in Lübeck allein decken. Außerdem noch den Verbrauch der Straßenbahn, soweit die vorhandenen Betriebsmittel ausreichen. Da das städtische Werk zufolge Ausweichens der Ueberlandzentrale naturgemäß überläßt ist und ohne Feiern der Ueberlandzentrale alle Stromabnehmer die Mahnung, sich im Verbrauch von Elektrizität der größten Sparsamkeit zu befleißigen.

Lübeck, den 11. Dezember 1917. 4013

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung über die Abgabe von Kartoffeln gegen Gutscheine

Die Frist für den Bezug von Kartoffeln auf Grund der nach der Bekanntmachung vom 31. Oktober ds. J. ausgearbeiteten Gutscheine wird bis zum 31. Dezember ds. J. und die Frist für die Einlösung der Gutscheine durch die Städtische Kartoffelstelle bis zum 15. Januar 1918 hierdurch verlängert.

Lübeck, den 11. Dezember 1917. (4015)

Der Ausschuh für Kriegshilfe.



Deutscher Bauarbeiter-Verband

Zahlstelle Schwartau.

Nachruf.

Als weiteres Opfer des Weltkrieges fiel unser Kollege, der Maurer

Karl Witt.

Wir werden denselben ein ehrendes Andenken bewahren.

400 Die Ortsverwaltung.

Nur die reichen Kranzpenden und Beweise herzlichster Teilnahme beim Gedenkgange unseres lieben Genossen sagen innigen Dank.

(4012)

Minna Dose und Kinder.

Tüchtige Anlegerin

per sofort gesucht.

L. Peters Nachfolger,

2110) Bederstraße 68.

Wappenstein, Telefon Nr. 46, gr. Basse, Kinderwagenfabrik in

Wappenstein. (4004)

Wappenstein, 41. II.

Ein großer gutgehaltener

Wappenstein zu kaufen gesucht.

Tag. u. M. J. 28 an d. Exp. (4008)

Ein Krämerladen

zu verkaufen, Preis 5 Mk. 4001) Glandorstr. 34. pt.

Zu kaufen gesucht eine gr. Puppenporzellan- od. Wagen. Angebote unt. B W 24 an die Exped. d. Bl. (4003)

Güterhalt. Bücher mit unterlegbaren Noten sowie Wappenstein zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unt. B K 4 an die Exp. (4011)

Abzugeben samstags Paararbeiten aus au-geläuterten Daaren. Chr. Blajeh, 4005) Freier, Jadenburg.

Feldpostbriefe

5 Briefbogen u. 5 Kuverts 15 Pfg.

Feldpostkarten

10 Stück 10 Pfennig

hält vorräufig

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co., Johannstraße 46.

Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

c. a. m. b. H.

Nachdem die am 10. Dezember stattgefundene Generalversammlung die diesjährige Bilanz genehmigt hat, erfolgt die Auszahlung der

3 Prozent Rabatt

für im Geschäftsjahr 1916-17 entnommene Waren am Mittwoch, dem 12., Donnerstag, dem 13., Freitag, dem 14. u. Sonnabend, dem 15. Dezember während der Geschäftsstunden in den Warenabgabestellen gegen Abgabe der bei der Markenablieferung erhaltenen Quittung.

An Kinder unter 12 Jahren wird nicht ausbezahlt.

3999 Der Vorstand.

Goethes Werke

3 Bände 6.- Mk.

Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46

Zeitschriften aller Art.

Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46.

Sozialdemokratische Frauen.

Die Zusammenkunft fällt im Monat Dezember aus.

4014) Der Vorstand.

Stadttheater.

Spielplanänderung.

Dienstag, den 11. Dezbr. 1917

Zum letzten Male:

Die toten Augen.

Mittwoch, den 12. Dez. 1917

Die Gsardastürzi.

Donnerstag, d. 13. Dez. 1917

Lübecker Schauspielergemeinde.

(Gelbe Karten.)

Freitag, den 14. Dezbr. 1917

Hans Heiling.

Sonnabend, d. 15. Dezbr. 1917

Jedermann.

Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Das Recht auf Urlaub.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hauptausschuß des Reichstages den Antrag gestellt, den Soldaten ein Recht auf Urlaub einzuräumen. Diese Forderung fand bei der Seeresverwaltung keine Gegenliebe. Insbesondere wurde der Einwand erhoben, daß keinesfalls eine Gewähr dafür geboten werden könnte, den Soldaten ganz regelmäßig Urlaub zu geben, weil das ganz wesentlich von der jeweiligen Kriegslage abhängig sei. Dieses Argument darf eigentlich nicht ins Gewicht fallen. In Oesterreich zum Beispiel besteht die Einrichtung, daß der Soldat alle 9 Monate Anspruch auf Urlaub, den sogenannten Gebühnurlaub, hat. Uns ist bekannt, daß natürlich auch in Oesterreich nicht genau auf den Tag der Urlaub erteilt werden kann; aber der Soldat weiß wenigstens, daß ihm ein Recht darauf zusteht, in einem bestimmten Zeitraum Urlaub zu verlangen. Bei uns dagegen stellt der Urlaub immer noch eine Vergünstigung dar, die gewährt werden kann aber schließlich nicht gewährt zu werden braucht. Diese Ungewißheit ist es, die auf den Soldaten außerordentlich niederdrückend wirkt. Der Kriegsminister hat eine Verfügung herausgegeben, wonach jeder Soldat möglichst einmal im Jahre Urlaub bekommen soll. Damit waren den einzelnen Truppenkommandeuren gewisse Richtlinien gegeben, die aber leider vielfach nicht beachtet worden sind. Von unseren Rednern sind im Reichstag eine ganze Reihe von Fällen aufgeführt worden, in denen Soldaten 18, 20 Monate und noch länger auf Urlaub haben warten müssen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß derartige Fälle eigentlich nicht vorkommen darf, und die Militärverwaltung hat auch in Aussicht gestellt, daß sie in allen diesen Fällen helfend eingreifen werde. Uns ist bekannt, daß dies in einer Anzahl von Fällen auch tatsächlich geschehen ist; aber es unterliegt keinem Zweifel, daß es besser gewesen wäre, den Soldaten ein Recht auf Urlaub einzuräumen. Heute liegen die Dinge so, daß die Landwirte im Jahre zwei- bis dreimal auf Urlaub fahren. Die Burschen sind mitunter noch häufiger unterwegs. Benachteiligt sind eigentlich nur die nicht der Landwirtschaft angehörigen Soldaten, und das ist die überwiegende Mehrzahl. Kommt nun dazu, daß gerade im Winter, wenn die Landwirte nicht fahren eine umfassende Urlaubssperre eintritt, dann kann dies nicht gerade erfreulich auf die davon betroffenen Soldaten einwirken. Sagen aus diesem Grunde wäre eine anderweitige Regelung dringend notwendig gewesen. Der Hauptausschuß hat den sozialdemokratischen Antrag dahin abgeändert, daß gesagt wurde: „dahin zu wirken, daß den Mannschaften und Unteroffizieren während der Dauer des Krieges in regelmäßigen Zeitabschnitten Urlaub gewährt wird.“

In dieser Form ist der Antrag eine Halbheit. An den bestehenden Schwierigkeiten wird dadurch gar nichts geändert und deshalb wird nach wie vor darauf gedrängt werden müssen, daß das Recht auf Urlaub auch in der deutschen Armee eingeführt wird. Insbesondere wurde aber verlangt, daß nicht neben einer Disziplinarbestrafung auch noch der Urlaub für längere oder kürzere Zeit gestrichen werden darf. Daraus, daß der Urlaub eine Vergünstigung ist, haben einzelne Kompagnieführer den Schluß gezogen, daß sie das Recht hätten, Leuten, die einer Kleinigkeit halber disziplinar bestraft worden sind, auch den Urlaub auf längere oder kürzere Zeit zu streichen. Damit nahmen sie eine Strafverschärfung vor, die durch nichts begründet war. Die Disziplinarstrafen sind genau festgesetzt und mit der Verhängung einer solchen Strafe muß es daher unter allen Umständen sein Bewenden haben. Es ist ein Unterschied, ob ein Mann Kasernenarrest diktiert bekommt oder ob ihm, der seit Jahren im Felde steht, einfach der Urlaub gestrichen wird. Der Kriegsminister hat allerdings erklärt, daß eine solche doppelte Bestrafung nicht eintreten soll. Andererseits ist aber in einem konkreten Falle vom Kriegsministerium aus der Bescheid gegeben worden, daß z. B. bei Unachtsamkeit der Wachtmannschaften die Urlaubsentziehung als Strafmittel nicht entbehrt werden könne. Momentan ist, wie bekannt, der Urlaub im allgemeinen gesperrt. Ausnahmen sind nur

zulässig, wenn dringende häusliche Verhältnisse vorliegen, z. B. schwere Erkrankung oder Tod der Frau oder eines anderen engeren Familienangehörigen. In diesem Falle soll trotz der Sperre Urlaub erteilt werden. Allerdings liegt auch hier wieder die Entscheidung bei dem Truppenführer.

Für den Urlaub ist nach einer Kabinettsordre vom 5. Januar 1916 folgendes maßgebend: 1. die unter Gewähr freier Fahrt beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften erhalten für die Dauer des Urlaubes Verpflegungsgebühren. Diesen Urlaubern stehen die beurlaubten Unteroffiziere und Mannschaften gleich, die an sich auf freie Fahrt Anspruch hätten zur Erreichung des Urlaubsortes, von dieser Bestimmung jedoch keinen Gebrauch machen. — Die Urlaubern haben also bei Urlaub Anspruch auf freie Fahrt, auf Wohnung und auf ein Verpflegungsgeld von täglich 2 Mk. Wohnung und Verpflegungsgeld müssen vor Eintritt des Urlaubes den Urlaubern ausbezahlt werden. Keine Verpflegungsgebühren sind zulässig

- a) bei häufig wiederkehrenden Beurlaubungen wie Sonntagsurlaub und dergleichen;
- b) bei Beurlaubungen zum Zweck der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben usw., bei denen vom Arbeitgeber Entschädigung gewährt wird.

Ferner erhalten keine Verpflegungsgebühren bei Beurlaubungen die Gehalt empfangenden Unteroffiziere, Mannschaften, die krank oder verwundet waren, sollen, ehe sie wieder ins Feld geschickt werden, einen Heimatsurlaub bekommen, wenn sie in den vorausgegangenen drei Monaten keinen Heimatsurlaub gehabt haben.

Für die Beurlaubungen nach Elsaß-Lothringen bestehen besondere Bestimmungen. Auch die dort wohnenden Mannschaften sollen wenigstens einmal im Jahre Urlaub bekommen. Der Urlaub darf aber nur erteilt werden: 1. Wenn keinerlei Bedenken hinsichtlich der Gefährdung des Mannes sowie seiner Angehörigen bestehen. 2. Nach der Genehmigung seitens der Kommandobehörde Elsaß-Lothringens bei der beurlaubenden Stelle eingegangen ist.

Aus diesen Feldpostbriefen ist zu entnehmen, daß an der Front die Meinung verbreitet ist, der Soldat habe alle sechs Monate Urlaub zu beantragen oder nach dreijähriger Dienstzeit stehe ihm ein dreiwöchiger Erholungsurlaub zu. Wie aus dem Vorhergehenden ersichtlich ist, sind derartige Gerüchte unzutreffend.

Die Frauen ziehen zum preussischen Landtag.

Der preussische Wahlreformentwurf überzehr bekanntlich wieder einmal die Ansprüche der Frauen mit Stillschweigen. Die deutschen Frauen wollen sich jedoch ihre Rechtlosigkeit nicht länger gefallen lassen. Eine Anzahl führender Frauen aus der Stimmrechtsbewegung haben in einem gemeinsamen Schreiben an sämtliche Fraktionen des preussischen Landtags dem Wunsch Ausdruck gegeben, empfangen zu werden, um von den Fraktionen selbst Kenntnis über ihre Stellung zum preussischen Wahlrecht zu erhalten. Beteiligt sind neben den bürgerlichen Stimmrechtsvereinen in dieser Aktion auch die sozialdemokratischen Frauen beider Richtungen. Es dürfte dies die erste gemeinsame sozialdemokratische Aktion seit der Parteiverzweigung sein.

Zugleich ergeht eine Erklärung an alle Parlamente zugunsten des Frauenstimmrechts, die folgenden Wortlaut hat:

Erklärung.
Bei den Kämpfen um die Demokratisierung des Staatslebens in Deutschland hat es sich bisher nur um die volle Mitbestimmung aller Bürger des männlichen Geschlechts in den gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften gehandelt. Den deutschen Frauen hat man ihren jahrelangen Bemühungen zum Trotz bis auf geringfügige Auslässe bis zum heutigen Tage noch keine öffentlichen Rechte eingeräumt.

Die Mitarbeit des weiblichen Geschlechts im öffentlichen Leben steigerte sich in rapidem Wachstum von Jahr zu Jahr, bis während des Krieges die Zahl der weiblichen Berufsstätigen in Deutschland schließlich die der männlichen überstieg. Die Arbeit der Frauen umfaßt alle Gebiete menschlicher Tätigkeit, ohne sie

wäre es nicht mehr möglich, das wirtschaftliche und soziale Leben des Volkes aufrecht zu erhalten. Wohl erkennen die Frauen unbedingt ihre Arbeitspflicht gegenüber der Gesamtheit an. Aber diese Pflicht fordert auf der anderen Seite auch das Recht an dem Auf- und Weiterbau der Gesellschaft mitzuwirken. In den meisten Kulturländern hat man den Frauen bereits öffentliche Rechte eingeräumt. Neben Neuseeland, den australischen Kolonien und einer großen Zahl der amerikanischen Staaten gewähren ihnen schon vor dem Krieg Finnland und Norwegen politisches, England, Schweden, Rußland und andere Länder volles oder eingeschränktes kommunales Wahlrecht. Der Krieg brachte ihnen auch in England, Dänemark, Kanada und endlich durch die russische Revolution einen vollen Sieg; in Holland, Frankreich und Ungarn stehen weitere politische Zugewinne an das weibliche Geschlecht in sicherer Aussicht.

Deutschland steht bis heute den Forderungen der Frauen gegenüber mit in letzter Reihe. Nicht allein das politische, und fast überall das kommunale, selbst das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten ist ihnen bei uns verweigert.

Gegen diese Rechtlosigkeit legen die Frauen trotz ihrer Arbeit für die Allgemeinheit, wie kraft ihrer Würde als vollwertige Menschen Protest ein. Sie fordern politische Gleichberechtigung mit dem Manne: allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht für alle geschlechtslosen Körperschaften, volle Gleichberechtigung in den Kommunen und den gesetzlichen Interessvertretungen.

Die sozialdemokratischen Parteien traten, wiederholt im Reichstage wie in den Einzelparlamenten für das Frauenwahlrecht ein. Ihre Anträge blieben stets erfolglos. Trotz allen Engagements der Frauenstimmrechtsverbände und anderer bürgerlicher Frauenorganisationen stellte sich bisher keine der anderen politischen Parteien im Reichstage oder den Einzellandtagen auf den Boden der Frauenforderungen.

Die preussische Regierung hat auf das Drängen des Volkes nun im preussischen Landtag einen Antrag auf allgemeines und gleiches Wahlrecht eingebracht. Des Stimmrechts für die Frauen wird auch darin wieder mit keinem Worte Erwähnung getan.

Ungeachtet dieser fortgesetzten Nichtachtung haben sich zum erstenmal Sozialdemokratischen mit bürgerlichen Frauenorganisationen zum Kampf um ihre Rechte zusammengeschlossen. Die Vertreterinnen der Frauenstimmrechtsbewegung, die den deutschen Reichsverband für Frauenstimmrecht und den deutschen Frauenstimmrechtsbund bilden, mit den in der sozialdemokratischen Partei organisierten Frauen wenden sich in diesem Aufruf an die Öffentlichkeit, um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen.

Die Erklärung der hier vereinigten Frauen geht zugleich dem deutschen Reichstag und allen deutschen Landesparlamenten zu. Dieser ersten gemeinsamen Willensäußerung der Frauen werden solange weitere folgen, bis der Sieg unserer Sache erkungen ist.

- Für die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands
Marie Juchacz.
- Deutscher Verband für Frauenstimmrecht:
Marie Stritt.
- Deutscher Frauenstimmrechtsbund
J. A.: Minna Cauer.

Zur militärischen Lage in Deutsch-Ostafrika.

In den ersten 20 Monaten des Krieges vermochte die ostafrikanische Schutztruppe nicht nur allen feindlichen Angriffen erfolgreich zu widerstehen, sondern auch selbst durch viele Vorstöße auf feindliches Gebiet dem Gegner empfindliche Verluste und Schäden zuzufügen. Bei allen kriegerischen Ereignissen standen aber starken feindlichen Kräften unverhältnismäßig schwache deutsche Kräfte gegenüber. Dazu kam, daß dem Gegner Menschen und Material stets in beliebiger Menge zur Ergänzung seiner Abgänge zur Verfügung standen, während dies den deutschen Streitkräften infolge ihrer Abgeschiedenheit fast ganz verweigert blieb. Nur zweimal gelang es ihnen geführten Hilfsschiffen, die englische Blockade der Ostküste zu durchbrechen und den schwerbedrängten Verteidigern Kriegsmaterial, wenn auch allerdings nur in verhältnismäßig geringem Umfang, zuzuführen. Dieses Mindermaß steigerte sich noch in höherem Maße, als im März 1916 England mit Hilfe der südafrikanischen Union und mit Unter-

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schäding.

22. Fortsetzung.

„Das ist richtig, ich bin dort oben dem Grafen zufällig begegnet, aber sicherlich nicht, um diese Zusammenkunft zu finden, hinausgegangen. Der Graf hat mir bei seiner ersten Erscheinung hier nicht den Eindruck eines Mannes gemacht, mit dem ich gesüß hätte, in weitere Berührung zu kommen.“

„Sie hatten also nicht die Absicht, den Grafen in der Angelegenheit Ihres Hammers umzustimmen, ihn zu einer anderen Ansicht über die Sache oder etwa zu einem Vergleich zu bewegen.“

„Nicht im entferntesten!“

„Selbst?“ sagte der Polizeibeamte. „Es wäre doch so natürlich gewesen. Sie mußten wissen, daß Ihre Angelegenheit einen sehr wichtigen Charakter für Sie hatte. Soweit ich die Sache bis jetzt kenne und zu beurteilen vermag, Mademoiselle, gehört der Hammer in der Tat als Pertinenzstück zur Rheider Burg, das heißt, er gehörte dem Grafen. Und dieser brauchte Geld, viel Geld, denn er war ein wenig Lebemann, der arme Graf. Er kündigte Ihnen an, daß er gesonnen sei, sein Recht gegen Sie auszuüben. Sie, die Sie gewohnt sind, Ihren kranken Vater in dessen Geschäften zu vertreten, begeben sich zu der Burg hinauf, Sie haben eine längere Unterredung mit Graf von Epawille — und dennoch versichern Sie mich, daß Sie nicht von der Angelegenheit, die Ihnen doch sehr dringend am Herzen liegen mußte, mit ihm reden zu wollen.“

„Zweifeln Sie an meinen Worten?“

„Nicht im geringsten, Mademoiselle Ritterhausen, ich erlaube mir. Aber ich lasse auf Ihr bloßes Wort hin sofort meine ganze Ueberzeugung fallen.“

„Und diese Ueberzeugung war?“

„Daß der Graf Ihre Vergleichsvorschläge zurückgewiesen, daß er Ihnen seinen festen Willen erklärt hat, sein Recht zu verfochten.“

„O nein, mein Herr — es war durchaus umgekehrt.“ verriet Sibille mit einem bitteren und verächtlichen Lächeln, „der Graf war voll zuvorkommender Anträge zu jedem möglichen Vergleich, er machte aus seiner Freundschaft eine sehr wohlfeile Ware.“

„Aha, ich verstehe alles.“ erwiderte Monsieur Ermanns mit boshaftem Lächeln. „Nun haben wir denn doch ganz dasselbe, was ich vorhin als Tatsache feststellen wollte: Sie haben eine Kriegserklärung von dem Grafen erhalten und als Sie darauf eine zufällige Unterredung mit demselben hatten, begriffen Sie, daß ein Friedensschluß mit ihm nur auf Bedingungen hin zustande kommen könne, welche Sie unter keinen Umständen, nie und nimmer, eingehen würden!“

„Darf ich Sie bitten, mein Herr, mir zu sagen, wozu Sie mich über diese Angelegenheit verhören, denn die freundschaftliche Unterredung, um welche Sie mich baten, hat gar sehr den Charakter eines Verhörs angenommen.“

„Hat sie das in der Tat, Mademoiselle? Nun, es mag sein. Aber ich würde untröstlich darüber sein, wenn etwas in meinem Tone und in meinen Fragen läge, das Sie persönlich verletzen könnte. Niemals in meinem Leben möchte ich weniger als Beamter und mehr als ein teilnehmender, wirklich ergebener Freund erscheinen!“

„Dann würde ich es als einen Freundschaftsbefehl betrachten, wenn Sie mir ohne weitere Einleitung sagen wollten, wozu —“

„Ohne Einleitung bringe ich das nun eben nicht übers Herz, Mademoiselle Ritterhausen, und deshalb bitte ich Sie, spannen Sie mein herzlichstes Mitleiden mit Ihrer Lage nicht dermaßen auf die Fasser.“

„Herzliches Mitleiden... ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, mein Herr, aber ich muß Ihnen gestehen, daß ich es überaus überflüssig finde.“ fiel Sibille erblickend ein.

„Mademoiselle, ich will die Tatsachen vor Ihnen reden lassen — Sie sollen dann selber die Schlüsse ziehen. Nachher erit werden wir auf diesen Punkt zurückkommen. Sehen Sie, was sich ereignet hat, ist dieses: Im Jahre 1799 gewinnt der Baron Huarde einen Prozeß wider den Hammerbesitzer Ritterhausen, dahin, daß der Rheider Hammer, welchen der letztere längst als sein Eigentum betrachtete, den er geschaffen, verbessert, vergrößert hat, der ihn reich aber doch wohlhabend machte, der seine kleine Welt, sein ein und sein alles ist, auf dem er geboren und auf welchem er zu sterben gehofft hat, daß dieser Hammer nicht ihm, sondern dem Baron Huarde gehöre.“

„Der Baron hat beschlossen, ihn von dem Hammer zu enteignen.“

„Um dem zuvorzukommen, kauft Ritterhausen Forderungen, welche dritte Personen an Huarde haben, Schuldverschreibungen des Barons an sich. Er eröffnet dem gestrengen Herrn dies. Er droht ihm: brauchst du dein Recht, so gebrauche ich das meine. Treibst du mich von dem Hammer fort, so treibe ich unerbittlich meine Forderungen ein, lasse deine Burg, oder wenn das nicht möglich, da sie Lehngut, alle deine fahrende Habe mit Beschlag belegen und versteigern.“

„Wie wissen Sie das, mein Herr?“ fragte Sibille in hohem Grade verwundert.

„Von dem Herrn Ritterhausen selbst. Er war vorhin in einer vertraulichen Unterredung so freundlich, es mir mitzuteilen.“

„Mein Vater selbst sagte Ihnen...?“

„Gehen wir weiter.“ verriet Monsieur Ermanns; „also der Hammerbesitzer bedroht den Burg Herrn; der Burg Herr aber entgegnet, daß er diese Bedrohung nicht beachten werde, daß er sein Wort gegeben, seine Ehre verpaidet, den Herrn Ritterhausen von seinem Grund und Boden auszutreiben, und daß er ihn deshalb austreiben werde.“

„Herr Ritterhausen steht ein, daß er mit dem alten vorurteilsvollen Manne nicht werde zu einer Verständigung kommen können. Er muß sich sagen, daß der Tag naht, wo er zur Schadenfreude seiner Neider und Feinde den Hammer werde räumen und in die Welt hinausziehen müssen. Sie trennen sich im Jörn, die beiden Männer. Der alte Huarde geht spät abends noch aus, zu einer Stunde, in welcher auch Ritterhausen ganz gegen seine Gewohnheit außer seiner Wohnung ist — am anderen Morgen findet man plötzlich den alten eigenhändigen Baron mit einer Wunde am Hinterkopf tot in der Dupper!“

„Erite Tatsache. Gehen wir über zur zweiten.“

„Der Hammerbesitzer Ritterhausen bleibt nun unangefochten auf seinem Hofe. Jahre vergehen. Mir schreiben 1807. Die Rheider Burg wird Eigentum eines neuen Herrn, eines Mannes, dessen Privatverhältnisse ihn zwingen, die Zitronen, welche man ihm schenkt, nicht unangegreift zu lassen. Dieser Herr erklärt denn auch sofort dem Hammerbesitzer: du siehst auf meinem Eigentum: ich fordere es zurück von dir, du sollst mein Pächter werden, mein Heuerling, oder sofort den Herd, an dem du dich unrechtmäßigeweise breit gemacht hast, verlassen.“

„Der Hammerbesitzer sendet seine Tochter zu dem neuen, so schnell aufstrebenden Herrn, um mit ihm zu verhandeln. Aber diese Postkarte bleibt fruchtlos. Sie hat nur ein noch mehr erbitterndes Ergebnis, denn der neue Burg Herr führt der Tochter des Hammerbesitzers gegenüber eine Sprache, welche ihre jugendlichen Gefühle verletzt und ihren Jörn erregt. Herr Ritterhausen also muß sich einmal wieder sagen: es gibt hier keine Rettung für dich, du wirst, deinem alten Schicksal mit dem Rücken ansehen müssen. Da, in der nächsten Nacht, findet man den neuen Burg Herrn mit einer tiefen Wunde in der Brust tot auf seinem Bette.“

„Habe ich die Tatsachen einfach, wie sie sind, richtig und wahrheitsgetreu vorgezogen?“

„In Ihrer eigenen Färbung! Aber, um Jesus und aller Heiligen willen, was folgern Sie daraus.“ rief Sibille, die bis dahin mit immer größer werdenden Augen, immer bleicher werdenden Zügen der Rede des Polizeibeamten zugehört hatte. (Fortsetzung folgt.)

ung der Belgier und Portugiesen zum umfassenden Angriff auf Deutsch-Ostafrika führt.

Diesem in den Monaten März bis Mai 1916 aus vier verschiedenen Richtungen her einsetzenden Angriff der auf über 100 000 Mann zu schätzenden verbündeten britischen, belgischen und portugiesischen Truppenmassen konnten die unerschöpflichen Schätze der deutschen Streitkräfte auf die Dauer nicht standhalten.

Mit Beginn der Anfang 1917 einsetzenden großen Regenzeit sind die Angriffsbewegungen der verbündeten feindlichen Kräfte im allgemeinen zum Stillstand gekommen.

Der bedeutendste Erfolg seitige der Portugiesen die Küste. Dort hatten die Engländer im September v. J. mit Unterstützung eines Aufgebots von 17 Schiffen, unter denen sich ein Linienschiff von 13 500 Tonnage und mehrere Kreuzer befanden, die Küste zwischen den Mündungen des Kuffi und Komana in ihre Gewalt gebracht.

Mit dem Ende der Regenzeit, etwa Mitte Mai, begann dann die neue Offensive der Engländer und ihrer Verbündeten: heftige Verdrängungen waren dazu vorausgegangen worden.

Selbst die im eigenen Lande durch Kämpfe der Eingeborenen heimlichst beschafften Portugiesen setzten sich allmählich wieder gegen den Komana in Bewegung, den sie aber bis heute nicht wieder überlassen haben.

Das Kommandierende General in Sierrä verbot die Versammlung der Reichstagsabg. Sogiherr wänkte deshalb in einer Anfrage an den Reichsanwalt zu wissen, was dieser zu tun gedenkt, damit das Versammlungsrecht allen Parteien gegenüber gleichmäßig gehandhabt wird.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Kampf um das Versammlungsrecht.

Der Kommandierende General in Sierrä verbot die Versammlung der Reichstagsabg. Sogiherr wänkte deshalb in einer Anfrage an den Reichsanwalt zu wissen, was dieser zu tun gedenkt, damit das Versammlungsrecht allen Parteien gegenüber gleichmäßig gehandhabt wird.

Die Bestimmungen über die Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechts sind gleichmäßig für alle Parteien getroffen. Die in der Anfrage angeführten Versammlungen werden nicht geachtet werden, weil die von den Teil-

vertretenden Generalkommandos gestellten Bedingungen nicht erfüllt wurden und von der Abhaltung der Versammlungen eine Beunruhigung der Bevölkerung befürchtet werden mußte.

Daß das Versammlungsrecht gegenüber allen Parteien gleichmäßig gehandhabt wurde, trifft nicht zu; es sei nur daran erinnert, daß erst jüngst in Pommern der nationaldeutschen Partei eine Versammlung erlaubt, dem Abg. Gohlein aber eine solche verboten wurde.

Ein Lebenszeichen des Reichsverbandes.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat im Laufe des Krieges in der Öffentlichkeit wenig von sich hören lassen. Desto eifriger war er im Verborgenen tätig, und es unterliegt keinem Zweifel, daß er nach dem Kriege seine energiegeladene Tätigkeit wieder aufnehmen wird.

„Vertraulich.“ Düsseldorf, den 13. November 1917. (Postfach.)

Zu der Anlage gestatte ich mir, einen vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie herausgegebenen nationalen Volkskalender 1918 als Geschenk zu übersenden mit der Bitte, denselben event. zur Verteilung an Ihre Arbeiter zu bestellen.

Ich bin gern bereit, die Bestellung gesammelt zu übernehmen und bitte eventl. um Mitteilung der gewünschten Anzahl bis zum 30. d. Mts.

Die Abgeordneten Scheidemann und Spiegel haben Antrag genommen, an den Reichsanwalt die Frage zu richten, ob er eine derartige behördliche Agitation zu unterbinden gedenke.

Die Vaterlandspartei über alles.

„Nach dem schlechten Beispiel einer schlechten Militärbehörde hat nun auch in Sachen des militärischen Kommando gegen die Gründung eines Zweigvereins der Deutschen Vaterlandspartei Stellung genommen und dem Vorsitzenden einem höheren Militär a. D. anheimgegeben, sein Amt niederzulegen und sich von der Bewegung zurückzuziehen.“

Meridings muß und wird in aller nächster Zeit ein kräftiger Wort im Landtag über die Vaterlandspartei gesprochen werden; aber es wird nicht im Sinne der „Tägl. Rundschau“ und ihr verwandter Blätter gehalten sein, darauf kann sich das konservative Blatt verlassen.

Eine alldeutsche Fabel.

Nach dem Versüßen.

Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht eine Fabel“ mit dem Bemerken, daß sie aus dem Versüßen komme. Die Fabel lautet wörtlich:

„Der König von Versien hatte einen genialen Feldherrn und einen intelligenten Minister. Als das Reich von allen Seiten angegriffen wurde, errang der große Feldherr einen Sieg nach dem anderen und restierte das Königreich.“

Es ist immer dasselbe unehrliche Manöver der alldeutschen-konservativen Kreise. Wenn sie fürchten müssen, den Boden unter den Füßen zu verlieren, versuchen sie, die Stützen von Thron und Altar, die Krone durch allerhand Schredgepenker einzuschnütern und dadurch ihren Sonderinteressen geneigt zu machen.

Die Solderhöhung für Soldaten.

Neunmehr liegt die amtliche Bekanntmachung über die Löhnungsaufbesserung der Soldaten im „Armeekorrespondenzblatt“ vor. Danach wird die Löhnung der Unteroffiziere und Mannschaften mit Wirkung vom 21. Dezember 1917 wie folgt erhöht:

- a) bei mobilen Formationen: für Stabsfeldwebel und Stabswachtmeister, Jährliche und Sanitätsstabsfeldwebel von monatlich 63 Mk. auf 75 Mk. für Sergeanten, Oberfähnrichslehre und Sanitätssergeanten von monatlich 57 Mk. auf 67,50 Mk. für Unteroffiziere, Fähnrichslehre, Wajnenmeisterunteroffiziere, Regiments- und Bataillons-Laboranten, Hofsoldaten und Trompeter, Sanitätsunteroffiziere, Oberbedier und sonstige Oberbedienungsstellen, sofern die vorgenannten Funktionenunteroffiziere nicht einen höheren Dienstgrad bekleiden, von monatlich 40 Mk. auf 48 Mk. für Sanitätsgefreite und Militärtransporthilfs-Gefreite von monatlich 33,10 Mk. auf 38,50 Mk. für Obergefreite und Gefreite von monatlich 18,90 Mk. auf 24 Mk. für Gemeine und Militärtransporthilfs-Gemeine von monatlich 15,90 Mk. auf 21 Mk.
- b) bei immobilen Formationen und im Lazarett: für Stabsfeldwebel und Stabswachtmeister, Jährliche und Sanitätsstabsfeldwebel von monatlich 57 Mk. auf 69 Mk. für Sergeanten, Oberfähnrichslehre und Sanitätssergeanten von monatlich 49,50 Mk. auf 60 Mk. für Unteroffiziere, Fähnrichslehre, Wajnenmeisterunteroffiziere, Bataillons-Laboranten, Sanitätsunteroffiziere, Oberbedier und sonstige Oberbedienungsstellen, sofern die vorgenannten Funktionenunteroffiziere nicht einen höheren Dienstgrad bekleiden, von monatlich 33,90 Mk. auf 42 Mk. für Gemeine und unterbittene Sanitätsgefreite und Militärtransporthilfs-Gefreite von monatlich 18,90 Mk. bzw. 17,10 Mk. auf 22,50 Mk. für Gemeine und unterbittene Obergefreite und Gefreite von monatlich 12,90 Mk. bzw. 11,10 Mk. auf 16,50 Mk.

für herittene und unherittete Gemeine und Militärtransporthilfs-Gemeine von monatlich 11,40 Mk. bzw. 9,90 Mk. auf 15 Mk.

Man wird nicht behaupten dürfen, daß diese Aufbesserung der Mannschaften etwa geradezu überwäligend wäre. Sie wird mehr als ausgeglichen durch die enorme Teuerung alles dessen, was der Soldat braucht. Es sei nur erinnert an die gewaltige Preissteigerung, welche die Rohstoffe aller Art erfahren haben. Ganz abgesehen von den teuren Preisen, die heute in Kantinen für Lebensmittel bezahlt werden müssen. Schon bald nach Ausbruch des Krieges verlangten die Sozialdemokraten eine erhebliche Steigerung der Mannschaftenslöhnung und ihrem Verlangen ist es in der Hauptsache zu ver danken, daß endlich eine Löhnungserhöhung zustande gekommen ist. Bedauerlich ist, daß diese Erhöhung sich nicht weit genug auf die Gehälter empfangenden Unteroffiziere, die, soweit sie sich selber erhalten müssen, sich in einer überaus ungunstigen Situation befinden. Es wird Sache des Reichstages sein, die Erhöhung der Mannschaftenslöhnung mit dieser Neuregelung nicht als abgeschlossen zu betrachten, sondern unmissverständlich weiter auf die Verbesserung der Lage der Soldaten zu drängen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Wiedereinstellung der Feldgrauen. Von allen Seiten wird darauf gedrängt, daß die Feldgrauen, wenn sie in die Heimat zurückkehren, wieder in ihre alten Stellungen einreten können. Reichsweite Anstaltenverbände fordern eine gesetzliche Verbot, um dieses Ziel zu erreichen. Die Unternehmer sträuben sich dagegen. Sie wollen in der Auswahl ihrer Arbeitskräfte völlig freie Hand haben und tragen sich jedenfalls mit dem Gedanken, möglichst viele der weiblischen Arbeitskräfte beizubehalten, die jetzt an die Stelle von Männern getreten sind. In einer Eingabe an den Reichstag unterbreitet der Ausschussrat des Deutschen Werkmeisterverbandes jetzt folgenden Beschlus, dem er bittet, Beachtung zu schenken: „Der Ausschussrat des Deutschen Werkmeisterverbandes spricht sein lebhaftes Bedauern darüber aus, daß sich die Arbeitgeber gegen die gesetzliche Regelung der Wiedereinstellung der aus dem Felde zurückkehrenden Angestellten sträuben. Er richtet deshalb das dringende Ersuchen an Reichstag und Regierung, alles zum Schutze der Angestellten zu tun und zur Einbreitung eintretender Arbeitslosigkeit ausreichende Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, falls auch seitens der gesetzgebenden Körperschaften ein gesetzlicher Zwang den Arbeitgebern gegenüber abgelehnt wird.“

Hungerertrag für Industriebeamte. Aus liegt ein Mandatslöser Vertrag vor, den die Berlin-Anhaltische Maschinenbau A.-G. in Köln-Marienburg mit einem Beamten einer ihrer Abteilungen abgeschlossen hat. Es wird ihm ein monatliches Gehalt von 150 Mk. zugesagt; dafür muß er seine ganze Zeit und Tätigkeit ausschließlich der Gesellschaft widmen und das Geschäftinteresse dauernd im Auge behalten. Sollte es das Geschäftinteresse fordern, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit notwendig oder dauernd notwendig würde, muß sich der Angestellte den Bestimmungen der Vorzeichen hierüber ohne jede Begründung fügen. Im Falle der Krankheit hat er sich scharfste Kontrollvorschriften zu unterwerfen; unentschuldigtes oder unberechtigtes Fernbleiben vom Dienst berechtigt zu sofortiger Entlassung. Im Hinblick auf § 63 des Handelsgesetzbuches wird weiter vereinbart, daß die Gehaltszahlung im Krankheitsfalle das Monatsgehalt nicht übersteigen dürfen; sonst erfolgen entsprechende Abzüge. Während eines Heilverfahrens besteht kein Rechtsanspruch auf Gehalt. Deswegen droht dem Angestellten fast in jedem Abtate eine Konventionalstrafe in Höhe des Jahrgehalts! Und über die „Höhe“ des Gehalts wird im Stillen vereinbart! Man wird werden wohl endlich die Angestellten sich aufrufen, durch feste organisatorische Einheit solche Sklavenverträge unmöglich zu machen!

Aus Nah und Fern.

Einen eigenartigen schweren Unfall hat in Berlin Frau Gertrud Goh aus der Altensteinkasse beim Zeitungsausragen erlitten. In den Morgenstunden benutzte Frau Goh bei ihrem Gehen durch die dunklen Treppenhäuser eine Karbidlampe, die sie sich um den Leib geschnallt hatte. Als sie früh gegen 6 Uhr das Haus Treppenhause 13 betrat, entzündete sich der schadhafte alte Lampen entzündende Gas und explodierte. Die Unglückliche konnte sich von dem Karbidbehälter nicht rasch genug befreien, ihre Kleider fingen Feuer, und in wenigen Augenblicken glück sie einer Feuerfalle. Als Hilfe kam, hatte Frau Goh schon so schwere Brandwunden am ganzen Körper erlitten, daß sie in lebensgefährlichem Zustande auf einer Tragebahr nach dem Krankenhaus Friedrichshagen gebracht werden mußte.

Einsturz eines Fabrikhochwerks in Berlin. In der Metallwarenfabrik von Georg Prapollta im Quergebäude des Saales Kochsauer Damm 20 stürzte Sonntag die Decke des 1. Stockwerkes ein, durchschlag die Decke des Erdgeschosses und begrub mehrere Arbeiter im Keller. Der Feuerwehrgesang es bald, den Arbeiter Adolf Gleichfeld aus der Urbanstraße 70 zu befreien und nach dem Urbrandkrankenhaus zu schaffen. Ein zweiter Arbeiter, Karl Dornbramsch aus der Reichenstraße 10 in Neukölln, war bereits tot, als er geborgen wurde. Zwei andere Arbeiter kamen mit dem Schrecken davon. Ueber die Ursache wird mitgeteilt, daß eine Überlastung der Decke im 1. Stock mit Eisenblechen vorliegen soll.

Schweres Straßenbahnunglück in Stuttgart. Sonntag abend fuhr ein Motorzug der Straßenbahn, bestehend aus Motorwagen und zwei Anhängewagen, auf der etwas abschüssigen Strecke Pragwitzhaus-Löwentor infolge Versagens der Bremse über die am Löwentor befindliche Weiche und die sich direkt anschließende Gleisströmung hinaus direkt auf letzteres zu. In der Mitte der Ludwigsburgerstraße, deren eine Hälfte etwas tiefer liegt, da sie noch ungepflastert ist, fielen die drei überfülltesten Wagen um, wobei zahlreiche Personen teils leichte, teils schwere Verletzungen davontrugen. — Nach einer neueren Meldung erlitt eine Frau tödliche Verletzungen, während 10 Personen schwer verletzt ins Hospital geschafft werden mußten.

Die Schundliteratur wird durch Papierbewilligung unterkühlt. Die beiden Generalkommandos 12 und 19 haben Verordnungen gegen die Schundliteratur erlassen, ebenso das Berliner Polizeipräsidium. Besonders werden Dresdener Verleger davon betroffen. Gleichwohl werden diese Schädlinge auf der anderen Seite unterkühlt, indem man ihnen riesige Mengen Papier zuweist. In Dresden haben die Verleger von Schundliteratur ein monatliches Bezugsrecht vor weit über 70 000 Kilogramm Papier. Die „Dresdener Volkszeitung“ hat schon vor Monaten gefordert, daß diese Bezugsrechte aufgehoben werden sollten — allein die zuständige Stelle unterkühlt die Schundverleger ruhig weiter. Dafür können aber Werke von Fontane oder vom Nobelpreisträger Gellert wegen Papiermangels nicht neu aufgelegt werden.

Lebensmittelschiebungen. In Essen wurden große, von Beamten des Kohlenpräsidiums mit Kohlenschiebungen verbundene Lebensmittelschiebungen aufgedeckt. Ganze Ellenwagen mit Lebensmitteln wurden verschoben, u. a. 10 000 Zentner Zucker, 35 Waggons Weizenmehl und 500 Doppel-Zentner Weizenmehl.

Die Explosionskatastrophe in Halifax. Aus London wird berichtet: Die letzten Ziffern über die Opfer der Explosionskatastrophe in Halifax verlaufen mehr als 2000 Tote und 5000 Verwundete. Ein Schneesturm verschlummerte das Leid. Infolge Rauchmangels werden die Leichen in den Parks und auf den öffentlichen Plätzen usw. zusammengebracht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: J. Schwarz, Druck Friedr. Nees & Co. Gmündlich in Köln.